

seiner Ausführungen, die stark normativ, nämlich im Sinne einer demokratischen Politischen Kultur geprägt ist und schlägt damit einen gegensätzlichen Weg zu dem des Herausgebers ein. Er erforscht die Interaktion zwischen Regierenden und Regierten in der Geschichte des Landes und unterscheidet als Einziger auch Elemente der „Politischen Unkultur“, etwa die Unterdrückung der Revolution von 1848 oder die Außerkraftsetzung der Verfassung 1938 durch König *Carol II.*

Der Hinweis des Herausgebers auf die Unmöglichkeit der empirischen Vergleichbarkeit in der Einleitung des Buches ist in gewisser Weise verständlich; trotzdem fehlt den Länderbeiträgen ein vergleichendes Analyseraster, insbesondere auch die Bezugnahme vieler erwähnter historischer Grundlagen auf aktuelle Ausprägungen und Phänomene der Politischen Kultur in Südosteuropa. Dies wäre gerade wegen des interdisziplinären Hintergrundes der Autoren notwendig, um generalisierbare Aussagen für Südosteuropa über Länder hinweg treffen zu können. Diese fehlen jedoch ebenso wie Antworten auf Fragen, die die nationalen Besonderheiten im Vergleich der behandelten Länder aufwerfen.

Christian Autengruber

Europäisierung von Parteiorganisationen: Beharrungskräfte größer als erwartet

Poguntke, Thomas, Nicholas Aylott, Elisabeth Carter, Robert Ladrech und Kurt Richard Luther (Hrsg.): The Europeanization of National Political Parties: Power and Organizational Adaptation, Routledge, London / New York 2007, 238 Seiten, € 97,50.

Ein Forscherteam um *Thomas Poguntke* als Projektleiter hat Auswirkungen der europäischen Integration auf die Organisationsstrukturen nationaler politischer Parteien für den Zeitraum nach Unterzeichnung des Maastricht-Vertrages bis zum Jahr 2005 untersucht. Andere Forschungsfelder etwa auf der Ebene des Parteiensystems werden ausgeklammert. Zwar gehört der Europäisierungsbegriff inzwischen zum Standardrepertoire der Politikwissenschaft, doch bilden Parteien und Parteiensysteme – trotz einzelner Fallstudien mit begrenzter Verallgemeinerungsfähigkeit – keinen Schwerpunkt innerhalb der Europäisierungsforschung. Ein Grund dafür könnte in der vermeintlichen Nichtbetroffenheit der Parteien gegenüber europäischen Einflüssen liegen. Beispiele, die diese Einschätzung stützen, existieren zuhauf: Europawahlkämpfe werden durch nationale Themen dominiert, und selbst langjährige Europaabgeordnete (MdEPs) sind trotz des Bedeutungsgewinns des Europäischen Parlaments (EP), vor allem bei der EU-Gesetzgebung, in der Bevölkerung kaum bekannt. Ob und inwiefern es innerhalb der Parteien zu Anpassungsleistungen und Machtverschiebungen im Zuge der sich vertiefenden europäischen Zusammenarbeit gekommen ist, wird im vorliegenden Sammelband aufgezeigt.

Im einführenden Kapitel von *Elisabeth Carter, Kurt Richard Luther* und *Poguntke* wird ein analytischer Rahmen konstruiert, der die europäische Integration als unabhängige, die Anpassung der Parteien als abhängige Variable sowie parteiexterne und -interne Faktoren als intervenierende Variablen beziehungsweise Quellen möglicher Variationen heranzieht. Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Schweden und Spanien werden ana-

lysiert; die Gesamtzahl der berücksichtigten, da als relevant identifizierten Parteien beträgt 30. Obwohl die Auswahl der Fälle auf eine möglichst große Varianz zwischen den untersuchten Staaten abzielt, resultieren aus ihr zwei Schwachstellen: Zum einen können die Thesen nicht am Beispiel kleinerer Länder und zum anderen nicht anhand der 2004 beziehungsweise 2007 beigetretenen Staaten überprüft werden (Adaptionen in Folge externer Schocks, S. 16). Die Beiträge stützen sich auf circa 150 teilstrukturierte Experteninterviews, die zwischen 2003 und 2005 geführt wurden, sowie auf öffentliche und interne Parteidokumente. Die zwei zentralen Hypothesen beziehen sich auf Machtgewinne, operationalisiert als Anstieg individueller Handlungsautonomie und Zugewinn an Ressourcen, von zwei, teils überlappenden, parteiinternen Gruppierungen. Erstens wird entsprechend den wohlbekannteren Konsequenzen des exekutiven Charakters europäischer Entscheidungsverfahren eine weitere Machtverlagerung zugunsten der Parteiliten erwartet, worunter vor allem Parteiführer in Regierungsamtern gezählt werden (S. 12). Zweitens erfahren die so genannten EU-Spezialisten wie Partei- oder Fraktionsmitarbeiter, das heißt Akteure, die durch eine Spezialisierung ihrer Tätigkeit auf EU-Themen und EU-Entscheidungsprozesse gekennzeichnet sind, eine Stärkung ihrer innerparteilichen Position (S. 14).

Hinsichtlich des inhaltlichen Niveaus und der Stringenz treten kaum Abweichungen zwischen den sechs Länderbeiträgen auf, was neben der klar vorgegebenen Struktur wohl auch auf eine enge Zusammenarbeit der Projektmitglieder zurückzuführen ist. Die Fallstudien gliedern sich in die folgenden Hauptabschnitte, wobei zum Teil unterschiedliche Gewichtungen in Umfang und Tiefe der Bearbeitung von Unterpunkten vorgenommen werden: Diskussion der landes- und parteispezifischen Kontextvariablen, Untersuchung der organisatorischen Anpassungen sowie Aktivitäten der EU-Spezialisten und Parteiliten auf nationaler und supranationaler Ebene. Bereits ein Blick in das Inhaltsverzeichnis zeigt die Richtung auf, die in den Einzelstudien beschränkt wird: In den Beitragstiteln weisen beispielsweise *Carter* und *Robert Ladrech* auf eine begrenzte Europäisierung des britischen Parteiensystems und *Luther* auf eine Stärkung der Regierungseliten in Österreich hin. Herausarbeiten können alle Autoren eine weitere Stärkung der Parteiliten in Exekutivpositionen gegenüber mittleren Parteiliten und einfachen Parteimitgliedern. Welcher Anteil des Machtzugewinns auf Europäisierung und welcher auf andere Ursachen zurückzuführen ist (unter anderem Trend zur Präsidentialisierung oder Personalisierung von Politik), kann nur wenig greifbar herausgearbeitet werden. Hier hätte die Berücksichtigung eines oder mehrerer Nicht-EU-Mitgliedstaaten mehr Klarheit gebracht. Entgegen der zweiten Ausgangshypothese haben EU-Spezialisten keine oder nur äußerst begrenzte formelle oder informelle Einflussgewinne zu verbuchen; das gilt selbst für die Gruppe der MdEPs, die über einen höheren Grad an Handlungsautonomie verfügt als nationale Parlamentarier. Für die Mehrheit der Parteien kann eine de facto-Zugehörigkeit ihrer EP-Delegationsvorsitzenden oder EP-Mitglieder zu nationalen Parteivorständen, jedoch keine mehrheitliche Anpassung der Parteisatzungen durch Schaffung von ex officio-Sitzen beobachtet werden (S. 194).

Im ersten Abschlusskapitel (*Nicholas Aylott, Laura Morales, Luis Ramiro*) werden die wichtigsten Ergebnisse der Länderstudien zusammengefasst und verglichen. Dabei wird der bis dahin gewonnene Eindruck eines insgesamt begrenzten, jedoch in Abstufungen zwischen den Staaten und Parteien variierenden Europäisierungsniveaus bestätigt. Beziehen sich die Länderkapitel bei der Ursachenforschung noch primär auf den jeweiligen nationalen Kontext und parteispezifische Einflüsse, erfolgt im letzten Beitrag (*Ladrech*) eine Auseinandersetzung mit nationalstaats- und parteienübergreifenden Erklärungsansätzen. Zentrale Erklä-

rungsfaktoren für die Beharrlichkeit der Parteien gegenüber dem Einwirken der europäischen Ebene liegen demnach darin, dass die Hauptziele und -funktionen der Parteien nur marginal durch das Vorhandensein der EU-Institutionen beeinflusst werden. Das gilt zwar nicht für die Politikformulierung und -gestaltung, aber auch hier agieren Parteieliten erstaunlich unbeeindruckt von europäischer Politik. Indem EU-Themen aus innerstaatlichen Debatten herausgehalten werden, wird eine De-Politiserungsstrategie verfolgt (S. 225), die durch eine verzerrte Wahrnehmung der tatsächlichen Bedeutung der EU innerhalb der Bevölkerung und selbst bei einer Mehrheit der politischen Klasse begünstigt wird.

Die Herausgeber haben eine gewinnbringende Studie, mit den Beschränkungen eines ausschließlich qualitativ orientierten Forschungsdesigns, über ein Phänomen vorgelegt, das von besonderem Interesse für Parteienforscher ist, die sich mit Parteiwandel, nicht nur in vergleichender Perspektive, und europäischer Mehrebenenpolitik beschäftigen. Dass Parteien gegenüber den Herausforderungen einer wachsenden Bedeutung der EU gut gerüstet sind, wie dem Buchrücken zu entnehmen ist, steht im Kontrast zur Einschätzung *Poguntkes*, derzufolge deutsche Parteien ihr Europäisierungspotential bisher nicht komplett erschlossen haben (S. 130) und kann allein aus Sicht der Parteieliten nachvollzogen werden. Da die europäische Integration ein anhaltender Prozess ist, vermag die vorliegende Untersuchung nur einen begrenzten, nicht ganz klar umrissenen Zeitabschnitt widerzuspiegeln. Die methodischen Schwierigkeiten bei der Herausarbeitung von Veränderungen (wenn zum Beispiel der Umfang der Zunahme der mit EU-Angelegenheiten befassten Personen bestimmt werden soll, sollte dies vor dem Hintergrund der gesamten Mitarbeiterentwicklung der Partei erfolgen) fallen kaum ins Gewicht, da prima facie wenig signifikante Anpassungen in den Parteien vorgenommen wurden. Welche Widerstandsfähigkeit die Parteien bei einer weiteren Stärkung des supranationalen Charakters der EU zeigen werden und welche Konsequenzen ein potentiell ansteigendes Europäisierungsniveau auf innerparteiliche Macht-konfigurationen haben wird, wird ein Themenfeld zukünftiger Forschungsarbeiten sein.

Benjamin Höhne

Lobbyismus in der EU: informative Einführung ohne viel Feldforschung

Michalowitz, Irina: Lobbying in der EU, facultas wuv, Wien 2007, 233 Seiten, € 19,50.

Die gesellschaftliche Akzeptanz von Idee und Praxis des Lobbying wächst in deutschsprachigen Ländern wie schon zuvor in Nordwesteuropa kontinuierlich. Die Deutsche Gesellschaft für Politikberatung (DEGEPOL) und das Deutsche Institut für Public Affairs (DIPA) in Deutschland sowie das Austrian Lobbying and Public Affairs Council (ALPAC) in Österreich sind Beispiele für kürzlich gegründete Plattformen der Akteure auf diesem Feld. In der akademischen Welt steigt das Interesse ebenfalls. So gaben bereits *Thomas Leif* und *Rudolf Speth* zwei Sammelbände über Lobbyismus in Deutschland¹ heraus und *Ralf*

1 *Thomas Leif / Rudolf Speth* (Hrsg.), Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland, Wiesbaden 2006.